Hausangestellten-Zeitung

Organ des „Zentralverbandes der Hausangestellten", Gruppe des Deutschen Verkehrsbundes

Für die Interessen der Hausangestellten, Portiers, Hausmeister, Fahrstuhlführer, Wächter, Wasch- und Reinemachefrauen in Bureau- und Privathäusern, Wach- und Schließangestellte

Erscheint alle vier Wochen. Bezugspreis für Nichtmitglieder vierteljährlich 30 Goldpfg., Einzelnummer 20 Goldpfg. Zu beziehen durch die Post

Redaktion und Expedition Berlin SO. 16, Michaelkirchplatz 1

Redaktionsschluß jeden Montag vor Erscheinen des Blattes. Zuschriften und Reklamationen sind an die Schriftleitung zu richten

1. Jahrgang | Berlin, den 20. September 1924 | Nummer 6

Ortsgruppenleitungen, Funktionäre und Mitglieder der Gruppe Hausangestellten.

In verschiedenen Orten hat sich ein Mitgliederrückgang bemerkbar gemacht, der auf die durch die Inflationswirkungen hervorgerufenen Wirtschaftskrise und der damit in Zusammenhang stehenden großen Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist. Diese traurige Situation ausnützend, hat das gesamte Unternehmertum einen konzentrierten Angriff auf die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unternommen, die gleichzeitig auch auf die Vernichtung der sozialen Einrichtungen gerichtet war. Abgesehen davon, daß in Zeiten schwerer Wirtschaftskrisen vorübergehende Rückschläge nicht zu vermeiden waren, wurden aufgerissene Lücken doch sehr bald wieder aufgefüllt, indem jeder Funktionär und jedes denkende Mitglied in bezug auf Aufklärung und Gewinnung neuer Mitglieder ihren Arbeitseifer verdoppelten. Es gilt auch diesmal, den Angriff der Unternehmer abzuschlagen und ihnen zu zeigen, daß die Arbeiterschaft die „edlen" Absichten derselben durchschaut hat. Es ist des Schweißes der Edlen wert, mit voller Kraft dafür einzutreten und zu zeigen, daß die Arbeiterschaft ihre Errungenschaften auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete sich nicht verkümmern läßt. Die Not der Zeit erfordert ein gemeinsames und ernstes Handeln.

Deshalb ist es Ehrensache einer jeden Ortsgruppenleitung, sofort eine planmäßige Agitation für alle unserer Gruppe angehörenden Branchen einzuleiten. Mit Rücksicht auf den im Reichstag eingebrachten Antrag, betreffend die beschleunigte Beratung und Verabschiedung eines Hausgehilfengesetzes — des neuen Rechtes für Hausangestellte — ist die Agitation unter den in privaten Haushalten tätigen Kolleginnen und Kollegen besonders zu betreiben.

Die Werbearbeit muß energisch durchgeführt, die Säumigen, Trägen und Indifferenten aufgerüttelt und dem Verbande zugeführt werden. Besserungen können in erster Linie nur durch starke und festgegliederte Gewerkschaftsorganisationen erzielt werden.

Die Parole lautet! Vorwärts und nicht rückwärts auf dem Wege sozialen und kulturellen Fortschritts.

Das Rechtsverhältnis der Hausangestellten in den Wohnhäusern.

Unter den heutigen Verhältnissen wird keine Leistung in rechtlicher sowie wirtschaftlicher Beziehung so unsozial bewertet, als die Tätigkeit der in einem Dienstverhältnis stehenden Arbeiter und Arbeiterinnen. Sie leiden am meisten unter dem wirtschaftlichen Druck, sie sind dem Schlauen, Gewissenlosen, wirtschaftlich Stärkeren ausgeliefert. Zu diesen wirtschaftlich Entrechteten zählen die zu unserer Organisation gehörenden, in den Wohnhäusern tätigen Angestellten. Es sind dies die Hausmeister, Hauswarte, Fahrstuhlführer, Heizer, Portiers, Hausreiniger und Hausreinigerinnen. Man findet diese Hausangestellten in fast allen größeren Städten Deutschlands. Die Pflege, Wartung und Säuberung des Wohnhauses liegt ihnen ob. Die Tätigkeit ist eine berufliche oder nebenberufliche. Das Arbeits- und Wohnverhältnis ist in den meisten Fällen eng miteinander verknüpft. Es ist daher nicht zu viel gesagt, daß diese Tätigkeit infolge seiner Eigenart eine von allen Berufsarten besondere ist.

In rechtlicher sowie wirtschaftlicher Beziehung wird daher über die Tätigkeit, nicht nur unter unseren Mitgliedern, sondern auch in den uns fernstehenden Kreisen, verschiedentlich irrig geurteilt. Die herrschende Wohnungsnot erstickt alle Gedanken des arbeitsrechtlichen Zusammenhanges der zu vollführenden Tätigkeit. Die Angst der Obdachlosigkeit wirkt als Schreckensgespenst. Das Angebot von Hausangestellten ist daher sehr groß, die Kaufkraft des Lohnes demzufolge sehr gering. Es ist daher unsere Pflicht, mit aller Deutlichkeit das Arbeitsverhältnis dieser Hausangestellten klarzulegen, um viele Optimisten vor Schaden zu bewahren.

Allgemein sind die lohn- und arbeitsrechtlichen Bedingungen sowie die Tätigkeit nicht zu erfreulich. Heute, wo das gesamte Wohnungswesen unter der einseitigen Interessenpolitik des organisierten Haus- und Grundbesitzes in sozialer Beziehung erstickt, sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen für den Hausangestellten zur unerträglichen Last geworden. Unbeschränkte Arbeitszeit, ungenügende und willkürliche Entlohnung, völlige Rechtlosigkeit infolge der von den Hausagrariern diktierten Dienstverträge, aus denen sich nur, aber auch nur Pflichten ergeben, als Zugabe noch Schikanen von den Mietern. So sieht das alltägliche Leben eines Hausangestellten in Prosa und Poesie aus. In rechtlicher Beziehung ist das Arbeitsverhältnis im Gegensatz zu den gewerblichen Arbeitern ein Dienstverhältnis. So wie die Gewerbeordnung dem gewerblichen Arbeiter rechtlichen Schutz gewährt, soll für den Hausangestellten das Bürgerliche Gesetzbuch hier seinen rechtlichen Schutz ausüben (§§ 611 uff.). Nebenher läuft aber auch noch der Dienstvertrag, der beim Antritt des Arbeitsverhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer abgeschlossen wird. Durch diesen Dienstvertrag verpflichtet sich der Dienstpflichtige zur Innehaltung dieses Vertrages, ebenso ist der, der die Dienste entgegennimmt ebenso zur Innehaltung der vereinbarten Gegenleistung verpflichtet. Diese Dienstverträge in Form und Inhalt sind noch ein Produkt vergangener Zeiten. Sie übertreffen inhaltlich an Rechtlosigkeit bei weitem die schon längst in den Orkus verschwundene Gesindeordnung. So sind z. B. die bestehenden Formular-Dienstverträge die wahren Zuchthausordnungen für unsere Hausangestellten. Der organisierte Haus- und Grundbesitz nützt hierdurch schamlos die Vertragefreiheit zu seinem Vorteil aus. Die rechtlich begründeten und vernunftgemäßen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches werden bewußt in das Gegenteil der Absicht des Gesetzgebers umgekehrt. Diese einseitige, rücksichtslose Interessenwirtschaft hat nicht nur eine Spannung in rechtlicher, sondern auch in wirtschaftlicher Beziehung unter den Hausangestellten hervorgerufen. Diese Spannung wirkt sich auf das Lohnverhältnis in erschreckendem Maße zum Nachteil der Hausangestellten und der Mieter aus. Soll der Anreiz zur Arbeit sowie das Verantwortungsgefühl gesteigert werden, so müssen die Löhne der Hausangestellten als Entgelt für die tatsächlichen Leistungen so sein, daß sie gerecht und beruhigend für alle wirken. Dieses ist nicht der Fall. Während das Lohnverhältnis des gewerblichen Arbeiters, durch Tarifvertrag geregelt, sich stets den Verhältnissen anpaßt, auch ein klagbares Recht auf seinen Lohn im Falle der Nichtzahlung ihm zusteht, ist der Hausangestellte auch in diesem Falle rechtlos. Die Inflationswirtschaft hat jammervolles Elend in sich geschlossen. Die nach dem Dienstvertrag vereinbarte Entschädigung war über Nacht entwertet; die Profitsucht der Hausagrarier erstickte den Gedanken der Lohnaufwertung.

Tausende von Hausangestellten gingen vor die Türen der Mieter betteln, um nicht gänzlich zu verelenden. Selbst unsere Gesetzgebungsmaschinerie des Wohlfahrtsministeriums hat dem Elend kein „Halt" geboten. Einen erbitterten Kampf führte daher die Organisation um die Verbesserung der Lebenslage für die Wohnhausangestellten. Die Schaffung eines Tarifvertrages ist daher die erste Vorbedingung. Infolge unserer energievollen, zielklaren und aufopfernden Hingabe, in der Erkenntnis, daß die Interessen der Allgemeinheit höher zu bewerten sind als die Profitinteressen des organisierten Haus- und Grundbesitzes, ist dieses zu erreichen und durchführbar. Tarifverträge sollen Friedensinstrumente sein, sollen ausgleichend und sozial gerecht

für die Vertragsparteien wirken. Will denn aber der organisierte Haus- und Grundbesitz soziale Gerechtigkeit, Ruhe und Frieden unter den Hausangestellten, ebenso unter den Mietern? Will er tarifvertragliche Vereinbarungen? Nein! Er führt rücksichtslos den Kampf gegen Tarifverträge, gegen die freien Gewerkschaften. Der Bund Berliner Haus- und Grundbesitzer hat den Auftakt gegeben. Gegen den von dem Schlichter von Groß-Berlin verbindlich erklärten Tarifvertrag ist der Ansturm erfolgt. Eine Feststellungsklage beim Landgericht ist von dem Bund eingeleitet. Es soll entschieden werden, ob die Haus- und Grundbesitzer-Arbeitgeber (Dienstgeber. D. Schriftf.), tariffähig sind und ob der Schlichter von Berlin einen Tarifvertrag für verbindlich erklären kann, den sie nicht haben wollen. Wie die Entscheidung ausfällt, kann noch nicht gesagt werden; wir wissen aber, daß von dieser Entscheidung das Wohl und Wehe von vielen tausend Hausangestellten abhängt. Wir wissen auch, daß diese Kampfesmethode des Haus- und Grundbesitzes eine Verschleppungspolitik und Rechtsbruch darstellt, der nach dem Strafgesetzbuch einer vorsätzlichen Bereicherung gleicht. Durch wirtschaftliche Macht und juristische Spitzfindigkeiten glaubt der Bund sein Recht zu wahren. Vergessen aber, daß die Spannung unter den tatsächlich schaffenden Hausangestellten immer größer wird. Ein Standpunkt, der nicht zur Gesundung der gesamten sozialen Lage innerhalb der Wohnungsmisere führt. Wir als Organisation haben Verantwortlichkeitsgefühl und Verständnis den wirtschaftlichen Zusammenhängen gegenüber, die den Haus- und Grundbesitzern entgegentritt. Wir haben aber kein Verständnis dafür, wenn man systematisch den Hausangestellten um den Ertrag seiner Arbeit betrügt und ihm die staatsbürgerliche Gleichberechtigung raubt. Diese systematische Entrechtung muß naturnotwendigerweise verbitternd wirken, schafft keine Arbeitsfreudigkeit und führt zu Gegensätzen und Arbeitskämpfen.

Nur ein Zusammenarbeiten auf der Grundlage der Gleichberechtigung erzieht zur gegenseitigen Anerkennung und Achtung und gewöhnt daran, nicht nur einseitige Interessen zu verfolgen, sondern auch den Bedürfnissen der Gegenpartei und dem Wohle der Allgemeinheit gebührend Rechnung zu tragen. C. F.

Aus der katholischen Hausangestelltenbewegung in Köln.

Die vom 22. bis 29. Juni in der Dominikanerkirche abgehaltene Exerzitienwoche des Vereins katholischer weiblicher Hausangestellten Köln hatte einen vollen Erfolg. Insgesamt wurden etwa 400 Hausangestellte in den Bannkreis der religiösen Wahrheiten gezogen. Morgens in aller Frühe, um 6 Uhr, nachmittags um 4½ Uhr und abends um 8¼ Uhr, eilten aus allen Straßen des Vereinsbezirks die Hausangestellten herbei, erfüllt von dem rechten Opfergeist, durchdrungen von dem Verlangen, die Wahrheit zu hören über sich und ihren Beruf. Wenn die Teilnahme sich steigerte von Tag zu Tag, so daß am letzten Sonntag bei der kirchlichen und weltlichen Schlußfeier die Dominikanerkirche und der Festsaal in der Meister-Gerhard-Straße 11 sich als zu klein erwiesen, so ist damit auch zugleich der Beweis erbracht, daß die Patres Exerzitienmeister P. Willehadus und P. Taverius es verstanden haben, mit großer Kenntnis des Berufslebens, mit feinem psychologischem Verständnis und packender Beredsamkeit, den Hausangestellten das zu bieten, was sie suchten, Seelenspeise, Lebensbrot. Ja, das ist die Eigenart dieser Standesbewegung, daß sie die praktischen Fragen geistig durchdringt und ihnen höhere Bedeutung verleiht. Gewiß nimmt sich der Verein mit größter Liebe für alle Mitglieder der materiellen Berufsinteressen an, kümmert sich um Behandlung, Beköstigung, Wohnung, Entlohnung usw., man wünscht und verlangt von beiden Seiten Gerechtigkeit, Rücksichtnahme, Entgegenkommen; man wünscht ein beiderseitiges Vertrauensverhältnis, so daß die Hausangestellte nicht nur bezahlte Arbeitskraft, sondern mitinteressierte Hausgehilfin ist; aber das alles ist nicht die Hauptsache. Wenn die Seele krankt, wenn die rechte Berufsauffassung fehlt, dann werden nie wahre Berufsfreude und ungetrübtes Lebensglück die Menschenbrust erfüllen; mag man dann auch noch so viele wirtschaftliche Vorteile bieten, noch so weitgehende Freizügigkeit gestatten, die Seele geht leer aus, bleibt unzufrieden, vielleicht sogar verbittert.

Ein unerschütterliches Fundament für den Aufbau der Standespredigten bildeten darum zunächst die ewigen Wahrheiten; die Exerzitantin wurde vor die Frage gestellt: wozu dein Leben, dein Beruf, dein Arbeiten, dein Opfern? Wenn man bedenkt daß der Hausangestelltenberuf für viele die Einführung bedeutet in den späteren Erziehungsberuf der Gattin und Mutter, so ist es klar, daß eine harmonische Herausbildung aller Kräfte am Platze ist, wenn das hausfrauliche Arbeiten und Schaffen ergänzt wird durch die seelische Beeinflussung in Predigt und Vortrag des Standesvereins.

Dechant Depen, Pater Severin und die rührige Förderin des Vereins, Frau Regierungsrätin Fericks fanden darum auch Worte der Anerkennung für die bisherige Betätigung des Standesvereins, wünschten dem Präses, den Schwestern und dem Vorstand Glück zu solchen Erfolgen.

„Hausangestellte".

Der „Köln. Stadt-Anzeiger" Nr. 315 vom 8. Juli 1924 bringt den vorstehenden Bericht aus der Hausangestelltenbewegung, den wir hier zum Abdruck bringen, um zu zeigen, wie es die katholischen Priester verstehen, die Hausangestellten in ihren Bann zu ziehen. Dieser Bericht dürfte den Hausangestellten einige Fingerzeige dafür geben, wie die Interessen derselben im „Verein katholischer Hausangestellten" vertreten werden. Die rein materiellen Fragen, als Behandlung, Beköstigung, Wohnung und Lohn, werden nur ganz nebensächlich behandelt, weil nach Ansicht der Vereinsleitung beide Seiten, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Gerechtigkeit, Rücksichtnahme und Entgegenkommen beanspruchen. Aus diesem Grunde haben die Paters W. und X. den Hausangestellten die Seelenspeise als Lebensbrot empfohlen, d. h. Verzicht auf höheren Barlohn und sonstige Annehmlichkeiten, welche die Hausangestellten in ihrem Berufsleben zu beanspruchen haben, um auch, soweit Wohnung und Beköstigung in Frage kommen, ein halbwegs menschenwürdiges Dasein führen zu können.

Nach dem Grundsatz: wer Knecht ist, soll Knecht bleiben, hat man ihnen jedenfalls das Paradies im Jenseits in Aussicht gestellt. Das wäre allerdings die größte Rücksichtnahme und Entgegenkommen den Hausfrauen gegenüber. Es dürfte deshalb auch ganz verständlich erscheinen, wenn die Förderin des Vereins, Frau Regierungsrat Fr., die Exerzitienmeister, die Präses, die Schwestern und den Vorstand des Vereins über ihre hier errungenen Erfolge beglückwünscht.

Wenn der Kirche letzten Endes auch das Recht zusteht, Anhänger für ihre Sache zu werben, erscheint es uns doch ganz unverständlich, wenn man Organisations- und Berufsfragen mit Glaubens- und Seelenfragen verquickt und damit die reinen Lebens- und wirtschaftlichen Interessen der hier in Frage kommenden Hausangestellten untergräbt. Von wahrer Nächstenliebe, die ja die Kirche doch lehren soll, kann bei einem derartigen Vorgehen wirklich keine Rede sein. — Wenn dann schließlich noch darauf hingewiesen wird, daß der Hausangestelltenberuf für viele die Einführung bedeutet in den späteren Erziehungsberuf als Gattin und Mutter, und wenn man dabei bedenkt, daß die hier in Frage kommenden Mädchen mit ganz verschwindenden Ausnahmen immer nur Arbeiter heiraten, erscheint es sehr zweifelhaft, ob eine so erzogene und beeinflußte Frau ihre Aufgaben als Mutter und vor allen Dingen als Frau angesichts der realen Verhältnisse auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens voll gerecht zu werden und das Familienleben glücklich zu beeinflussen imstande ist. In solchen Fällen dürfte das ungetrübte Lebensglück die Menschenbrust meistenteils jedenfalls nicht erfüllen. Wenn man weiter bedenkt, daß bei dieser Taktik alles darauf angelegt ist, die Hausangestellten im Interesse der Hausfrauen — ihrer Arbeitgeber — anspruchslos zu machen, damit diese nur die Interessen ihrer „Herrschaften" allein wahren und vertreten, ohne dabei an sich und ihre Zukunft zu denken, so daß sie später bei eintretendem Alter oder Siechtum verlassen, nackt und bloß dastehen, dann ist es an der Zeit, den Hausangestellten zuzurufen: Heraus aus diesen Verdummungsanstalten. Schließt euch der freien Gewerkschaft, dem Zentralverband der Hausangestellten, Gruppe des Deutschen Verkehrsbundes, an.

Derselbe vertritt den Standpunkt: Religion ist Privatsache, d. h. es ist jedem Mitglied freigestellt, einer Religionsgemeinschaft anzugehören oder nicht. Der Zentralverband der Hausangestellten hat stets, vollständig unabhängig von Religionsfragen, die Rechte der Hausangestellten gewahrt und ist, den jeweiligen realen Wirtschaftsverhältnissen Rechnung tragend, immer für einen auskömmlichen Lohn, im übrigen für gute Behandlung, Kost und Logis eingetreten. Wenn die Erfolge nicht immer als befriedigend bezeichnet werden konnten, so ist das darauf zurückzuführen, daß die Hausangestellten im allgemeinen den Wert und die Notwendigkeit der Organisation noch nicht begriffen haben. Je größer die Zahl der dem Zentralverband angehörenden Berufskolleginnen ist, desto größer ist der durch gemeinsames Vorgehen zu erzielende Erfolg. Deshalb Augen auf, Hausangestellte! Achtet darauf, wo eure Interessen ehrlich vertreten werden. Das geschieht in erster Linie nicht im Verein katholischer Hausangestellten, von dem eure Pflichterfüllung den Hausfrauen gegenüber als Hauptsache verfochten wird, eure Rechte dagegen als Nebensache angesehen werden. Man vertröstet euch auf das Jenseits, wohingegen für die Hausfrauen die irdischen Vorteile geboten erscheinen, die darin bestehen, anspruchslose, billige und willige Hausangestellte heranzubilden und zu bekommen. Erstere scheinen sich damit abgefunden zu haben, nämlich mit dem Hinweis in der Bibel: „Es ist eher möglich, daß ein Kamel durchs Nadelöhr geht, als daß ein Reicher ins Himmelreich kommt." Also, Kolleginnen und Kollegen, sorgt mehr für Aufklärung im Kreise eurer Berufsangehörigen, damit diese nach alledem in höherem Maße zur Anerkennung kommen, daß ihre berechtigten Interessen wirkungsvoll nur vom Zentralverband der Hausangestellten vertreten worden sind und fernerhin auch nur von dieser Stelle aus ehrlich und gerecht vertreten werden.

Branchen der Wachangestellten und Privatwächter.

In den Kreisen der Arbeitnehmer aller Berufe, nicht zuletzt auch bei den Wachangestellten und den Privatwächtern hört man die Frage aufwerfen: Was nützt uns der Verband? Es ist leider einem großen Teil des Proletariats, der in den Jahren 1918/1919 zu den gewerkschaftlichen Organisationen gekommen ist, der gewerkschaftliche Geist und das Wesen eines Verbandes ein Buch mit sieben Siegeln geblieben. Sie betrachten den Verband lediglich als Lohnregelungsmaschine. Daß eine gewerkschaftliche Organisation auch den Zweck verfolgt, die wirtschaftliche und politische Unkenntnis seiner Mitglieder zu beseitigen, ist jenen Arbeitsbrüdern und -schwestern unverständlich. In der Inflationszeit mit ihren andauernden Lohnbewegungen war diese Art Gewerkschaftsarbeit unmöglich. Es ist hierbei auch zu beachten, daß in der Zeit der andauernden Geldentwertung es den Verbänden in den weitaus meisten Fällen ohne Arbeitseinstellung möglich war, Lohnerhöhungen durchzusetzen. Die in Frage kommenden Schlichtungsstellen waren bei ihren Entscheidungen auch anders eingestellt, als es heute der Fall ist. Mit dem Eintritt der Stabilität ertönte im Kreise der Arbeitgeber der Schlachtruf: Abbau der Löhne, Verlängerung der Arbeitszeit. Auch bei den Unternehmern im Wachgewerbe versuchte man nach diesem Schema zu arbeiten. Daß es dort möglich war, noch Lohnerhöhungen durchzusetzen, Verlängerung der Arbeitszeit zu verhindern und den Wunsch der Arbeitgeber, betreffend den Abbau der Sozialleistungen, unerfüllt zu lassen, ist doch sicher ein Erfolg der Organisation. Wer von den Arbeitnehmern dieser Branche erklärt, daß der Verband nichts tut, ist entweder mit geistiger Blindheit geschlagen oder gehört zu jenen Elementen, die bewußt die Organisation schädigen und sich den Unternehmern gegenüber als Handlanger aufspielen.

Bei den Privatwächtern müssen wir es leider oft erleben, daß die Kollegen unter den tariflichen Sätzen arbeiten, auch die Arbeitszeit weit überschreiten. Und gerade diese Leute stimmen so oft das alte Lied an: der Verband tut nichts für uns.

Ein klassisches Beispiel liefert uns das Verhalten der Wächter des Warenhauses Wertheim. Obwohl diese Leute unter den mit der Organisation abgeschlossenen Tarifvertrag, der auch die Arbeitszeit regelt, fallen, sind sie bereitwillig dem Wunsche der Geschäftsleitung gefolgt, täglich 13 Stunden zu arbeiten. Alle Versuche der Verbandsvertreter und des Betriebsrats, sie von dieser Arbeitsleistung abzubringen, scheiterten. Keine Rücksicht auf das Heer der Arbeitslosen, unsolidarisches Verhalten gegenüber der Allgemeinheit kennzeichnet den rückständigen Geist dieser Auchkollegen. So sehr es hier an den Arbeitern selbst liegt, solche gekennzeichneten Zustände geschaffen zu haben, heißt es auch in diesen Kreisen: uns kann der Verband nichts nützen.

Wäre der Unverstand der Massen nicht noch ein so großer, sähe es besser um die Arbeiterbewegung aus.

Die jetzt ruhiger gewordene Zeit muß ausgenützt werden, um die Indifferenz zu bekämpfen. Es darf nichts unversucht gelassen werden, auch an die uns fernstehenden Kollegen heranzukommen, um ihnen den Wert der gewerkschaftlichen Organisation klarzumachen. Die Leistungen des Deutschen Verkehrsbundes gerade bei diesen beiden Branchen liegen so klar auf der Hand, daß es weiterer Worte nicht bedarf.

Wenn alle überzeugten Kollegen mit Hand ans Werk legen, dürfen wir die Hoffnung haben, daß trotz aller Widerstände der Unverstand verstegt und an seine Stelle Vernunft tritt, der Organisationswille zum Durchbruch kommt zum Wohle des einzelnen und zum Wohle der Gesamtheit.

Branche der Reinemachefrauen.

Diejenigen Arbeitgeber, bei denen Reinemachefrauen beschäftigt werden, stehen schon lange auf dem Standpunkt, daß die gezahlten Löhne zu hoch seien. Andererseits glauben die Kolleginnen, daß die Organisation nicht genug leistet, um die Lohnsätze zu erhöhen. Daß auch die Schlichtungsbehörden von Erhöhungen nicht viel wissen wollen, bewies die Verhandlung gegen die Deutsche Bank, welche nur eine 5prozentige Erhöhung brachte. Daß trotzdem die Lohnsätze im Vergleich mit den Stundenlöhnen anderer, nicht von der Sektion VII erfaßten Reinemachefrauen einen Vergleich aushalten, wollen wir beweisen.

In der Sektion VII sind folgende Stundenlohnsätze tariflich festgelegt: für Reinemachefrauen in Banken 0,43 Gm., Versicherungsgewerbe 0,38 Gm., Geschäfts- und Industriehäusern, Bureaus usw. 0,40 Gm., Krankenkassen, Gewerkschafts- und Parteibureaus 0,50 Gm. Andererseits bestehen Stundenlöhne in der Metallindustrie von 0,27 Gm., Staats- und Gemeindebetrieben 0,27 bis 0,30 Gm. Wenn also hier der Beweis erbracht ist, daß der Deutsche Verkehrsbund alles getan hat, um auch für diese Berufsgruppen einigermaßen Löhne zu erreichen, müßte man annehmen, daß dies auch von den Kolleginnen anerkannt wird. Leider müssen wir feststellen, daß ein großer Teil dieser Frauen der Auffassung ist, daß die Arbeitgeber auch ohne Mitwirkung des Verbandes Lohnerhöhungen bewilligen würden. Dabei geht naturgemäß das Bestreben der Unternehmer dahin, ebenfalls niedrige Löhne zu zahlen, wie es in der Metallindustrie und den Staats- und Gemeindebetrieben der Fall ist.

Wenn die in dieser Branche beschäftigten Frauen sich nicht bald zu der Erkenntnis aufraffen, daß die Organisation stark und kräftig sein muß, daß jede in diesem Beruf Beschäftigte Mitglied des Verbandes zu sein als Ehrensache betrachtet, werden die Unternehmer nichts unversucht lassen, die Löhne statt zu erhöhen abzubauen.

Keine Unorganisierte hat das Recht zu ernten ohne zu säen.

Darum, Kolleginnen, die ihr den Wert der Organisation kennt, an die Arbeit, klärt eure Arbeitsschwestern auf und führt sie dem Verband zu, damit kommenden schweren Sorgen gefeit entgegengesehen werden kann.

Geschäftshausportiers, Fahrstuhlführer, Heizer usw.

In unseren Berufsgruppen war es in der letzten Zeit möglich, uns mehr als bisher der Agitation zu widmen. Waren die Erfolge auch nicht allzu große, so darf nicht vergessen werden, daß ein Teil unserer Berufskollegen nichts unversucht gelassen hat, der einreißenden Laschheit ein Ende zu machen.

Obwohl die Lohnsätze in der heutigen Höhe nur der intensiven Arbeit der Organisation zu danken sind, glaubt auch in dieser Branche ein großer Teil, daß es ohne Verband geht. Wir wissen noch nicht genau, was die kommenden Wochen uns bringen werden, aber eins ist gewiß, es wird nicht große Freude sein.

Die kapitalistische Klasse ist auf dem besten Wege, alle Lasten, die sie eigentlich tragen müßte, auf die Schultern der Arbeiter zu wälzen. Hohe Zölle sind in Vorbereitung, die eine ungeheure Belastung des Proletariats bringen. Das bedingt naturgemäß das Verlangen der Arbeiterschaft nach höheren Löhnen. Nach der Einstellung der Unternehmer ist damit zu rechnen, daß ohne Kampf nichts zu erreichen ist. Ein Kampf aber kann nur geführt werden, wenn die Arbeitnehmer geschlossen hinter der Organisation stehen.

Wir dürfen also auch fernerhin in der Organisation nicht erlahmen, müssen dafür sorgen, daß auch der letzte Berufsangehörige, die letzte Kollegin Mitglied der Organisation ist. Es muß alles darangesetzt werden, daß in den Geschäfts- und Industriehäusern Groß-Berlins nur organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt werden. Nach wie vor sei die Parole: Hinein in die Sektion VII des Deutschen Verkehrsbundes.

◆ Aus unseren Ortsgruppen ◆

Breslau. Das Jahr 1923 war für die Abteilung Hausangestellte in bezug auf Lohnverhandlungen eines der bewegtesten. Es war uns möglich für unsere Kolleginnen Richtlinien zu schaffen, die wohl nicht glänzend genannt werden konnten, aber immerhin der Inflation Rechnung trugen.

Bei den Verhandlungen mit den Hausfrauenverbänden, welche ein- bis zweimal im Monat stattfanden, ging es oft hart auf hart. Wir mußten oft die Vielseitigkeit in der Rechenkunst der anwesenden Frauen bewundern. Verhandelten wir um Erhöhung des Kostgeldes oder was bei Urlaub an das Mädchen auszuzahlen ist, waren die Ausgaben für die Lebenshaltung nicht der Rede wert. Es wurde uns versichert, daß die Mädchen Gegräupe mit Salz, Gemüse mit Salz, vielleicht auch noch etwas Brot mit Aufstrich in Form einer Marmeladenschnitte für vollständig ausreichend halten, Ansprüche auf etwas anderes nicht stellen. Fleisch konnten die anwesenden Frauen im Höchstfalle für jede erwachsene Person zweimal die Woche je 100 Gramm bestreiten. Fast konnte man für die Hausangestellten nichts herausrechnen, da für die andern im Haushalt befindlichen Personen auch noch etwas übrig bleiben sollte.

Wurde aber um Erhöhung des Barlohnes verhandelt, war das Bild ein anderes. Gemüse und Gegräupe mit Salz war vom Tisch verschwunden, die Mahlzeiten des Mädchens waren auf einmal sehr teuer geworden, die armen Hausfrauen wußten nicht, wie sie dieselben satt bekommen sollten, sie erklärten uns, wenn ein Mädchen arbeitet, muß es gutes Essen bekommen (was ja eigentlich ganz selbstverständlich ist), in gleichem Atemzuge behaupteten sie aber, die Mädchen müssen froh sein, wenn sie überhaupt Arbeit haben, dafür etwas Essen bekommen, ein Dach über dem Kopf haben, Barlohn sei gar nicht möglich zu geben, es kommen täglich so viel Leute gelaufen, die gern für das Essen arbeiten wollen, und wenn es nun den Mädchen nicht paßt, können sie ja die Stellung verlassen. Bekleidung und Wäsche hatten die Breslauer Hausangestellten nicht nötig zu ersetzen, denn sie waren damit nach Aussage der anwesenden Frauen besser gestellt als sie selbst.

Im November 1923 war eine Einigung nicht mehr möglich. Die Organisation gab neue Richtlinien heraus, welche den Teuerungsverhältnissen entsprachen. Das strikte Verlangen auf Einhaltung derselben beim Abschluß einer neuen Vermittlung, sowie durch das Vorlegen derselben bei den Gehaltszahlungen, hatte zur Folge, daß sie als ortsüblich bezeichnet werden konnten.

Da nun jede Verhandlung mit den Hausfrauenverbänden scheiterte, versuchten wir durch den Schlichtungsausschuß auf unsere Richtlinien ein klagbares Recht zu bekommen. In der am 10. März stattfindenden Verhandlung fällte derselbe einen dementsprechenden Spruch, welcher von der Gegenpartei abgelehnt wurde. Unser Antrag beim Schlichter auf Verbindlichkeitserklärung wurde von demselben abgelehnt mit der Begründung: „Es sei zu prüfen gewesen, ob der Spruch der Billigkeit entspricht, und ob das öffentliche Interesse dabei berührt wird. Ein öffentliches Interesse liege nicht vor, und das Wirtschaftsleben dürfte selbst dann keinerlei Störung erleiden, wenn irgendeine der streitenden Parteien offenen Widerstand leisten würde."

Trotzdem ist es uns auch in diesem Jahre gelungen, durch Herausgabe von Richtlinien den Gehalt der Kolleginnen bedeutend aufzubessern. Aber viel mehr könnten wir schaffen, wenn die Breslauer Hausangestellten geschlossen hinter uns ständen.

Die Hausangestellten wurden am Schiedsgericht vom 1. April 1923 bis 1. Juli 1924 in nachfolgenden Streitfällen vertreten:

Ab		Das Schiedsgericht wurde angerufen Arbeitgeber	Arbeitnehmer	Zurücknahme od. Vergleich	Vergleich im Termin	Schiedsspruch	Zurücknahme im Termin	Mündliche, schriftliche u. telefon. Auskunft
1. 4.	bis 30. 6. 23	180	137	63	—	30	22	152
1. 7.	„ 30. 9. 23	122	108	61	1	28	6	224
1. 10.	„ 31. 11. 23	73	189	94	1	20	1	146
1. 1.	„ 31. 3. 24	89	146	53	5	12	16	149
1. 4.	„ 30. 6. 24	21	100	81	9	25	18	76
insgesamt:		485	780	352	16	115	63	747

Kolleginnen, obengenannte Zahlen müssen doch allen Hausangestellten zu denken geben. Die schöne Zeit der lieben alten Gesindeordnung steckt noch vielen Hausfrauen im Kopf, sie können sich nicht daran gewöhnen, daß auch Hausangestellte Rechte haben. Bezeichnend dafür ist, wenn einmal die Hausangestellte die verklagte Partei ist, da ist es dem Hausherrn oder der Hausfrau gar nicht um die paar Pfennige Geld, die vielleicht von dem Mädchen als Schadenersatz gezahlt werden, sondern sie wollen dem Mädchen beweisen, daß es im Unrecht ist, aber oft kommt es dann anders.

Auf diesem Gebiet ist noch so viel Aufklärungsarbeit zu leisten, wir bitten deshalb alle Mitglieder des Verbandes, uns dabei zu unterstützen, indem sie dafür sorgen, daß unsere Versammlungen künftig gut besucht sind, sowie die unorganisierten Kolleginnen auf unsere Sprechstunden aufmerksam machen, die Hausangestelltenzeitung, nachdem man sie selbst gelesen, weitergeben. Das Ziel, welches wir uns gesteckt haben, kann nur erreicht werden, wenn jede Hausangestellte fleißig mitarbeitet. Sprechstunden sind täglich von 5 bis 7 Uhr nachmittags Margaretenstraße 17, Neubau, erster Stock, — ferner jeden Mittwoch gemütliches Beisammensein im Saal 11.

Frankfurt a. M. Als im Monat Mai die Tagung der Hausfrauen in Frankfurt a. M. stattfand, hatten wir Gelegenheit daran teilzunehmen. Im Verlauf derselben konnten wir feststellen, daß die Hausfrauen schon etwas gelernt haben, nämlich den Zusammenschluß. Als die Lohnfrage für die Hausangestellten zur Beratung stand, war es für uns von großem Interesse zu hören, daß die Löhne der Hausangestellten ja schon weit über dem Friedenslohn liegen und alle Hausfrauen-Organisationen wurden gewarnt vor Lohnerhöhungen, mit anderen Worten, es darf keine Lohnerhöhung mehr zugebilligt werden. Unter diesem Gesichtspunkte stand unsere Lohnforderung, die wir am 30. Mai d. J. dem Frankfurter Hausfrauen-Verein unterbreitet hatten. Die Antwort auf unsere Forderung war, daß zurzeit keine Veranlassung vorliege, die Löhne zu erhöhen. Damit gaben wir uns jedoch nicht zufrieden und verlangten, daß wir uns einmal aussprechen müßten, um die Gründe kennenzulernen. Am 20. Juni dieses Jahres bekamen wir dann die Antwort, daß doch kein Grund vorliege und wir sollten doch zufrieden sein. Dies waren wir jedoch nicht und teilten am 27. des gleichen Monats dem Hausfrauen-Verein mit, daß wir aus persönlichen Verhältnissen gern ihre Gründe kennenlernen möchten. Dies lehnten die Hausfrauen ab und wir riefen den Schlichtungsausschuß an. Am 30. Juni 1924 fällte derselbe einen Schiedsspruch, der jedoch nur für Alleinmädchen mit und ohne Kochen Anwendung findet und gab den Parteien auf, für alle anderen Gruppen zu verhandeln. Nun erst war der Hausfrauen-Verein zu Verhandlungen mit uns bereit, die auch am 7. Juli stattfanden. Doch auch hierbei konnten wir uns nicht einigen, aber es war doch interessant, die Gründe kennenzulernen. Erstens wurde das schöne Leben der Hausangestellten gegenüber anderen Arbeiterinnen hervorgehoben, dann der hohe Lohn, der ja bereits weit über Friedensbasis liege und dann müßten sich auch die Hausangestellten einschränken, so wie es die Herrschaften auch tun müssen (z. B. essen diese jetzt nur täglich zweimal Fleisch, während sie dies früher dreimal tun konnten!!!). Das Schönste war aber, daß man von uns auch noch verlangte, unseren Kolleginnen mehr Zufriedenheit zu predigen. Im übrigen seien die Mädchen ja auch mehr als zufrieden, nur die Organisationsleitung nicht. Kolleginnen! Merkt Ihr, wohin der Weg führen soll!! Eure Organisation soll verschwinden, dafür sollen aber die Hausfrauen-Organisationen ausgebaut werden und dies nennt man dann — gleiches Recht für alle. Man hat also getreu die Parole der Hausfrauen-Tagung befolgt. An Euch, Kolleginnen, liegt es nun, daraus die Lehre zu ziehen und Euch noch fester Eurer Berufsorganisation anzuschließen.

Nun mußte der Schlichtungsausschuß zum zweiten Male in Aktion treten und fällte einen Spruch. Mit dem Ergebnis dieser Verhandlungen können wir keinesfalls zufrieden sein, wenn wir auch zugeben wollen, daß einige Positionen annehmbar sind, aber die Sätze für Alleinmädchen mit und ohne Kochen sowie Haus- und Küchenmädchen sind nicht ausreichend, und nur an Euch Kolleginnen wird es liegen, wenn wir hier noch weiter kommen sollen. Helft deshalb mit, daß auch die letzte Kollegin Mitglied der Organisation wird und gebt dadurch der Hausfrauen-Organisation Eure Antwort. Besucht alle Versammlungen und Veranstaltungen der Organisation, holt Euch Aufklärung über Eure Rechte, klärt selbst noch fernstehende Kolleginnen auf und denkt daran, daß vereinzelt wir ein Nichts, vereinigt aber eine Macht darstellen.

Halle. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der hallischen Hausangestellten sind in der gegenwärtigen Zeit mit wenigen Ausnahmen noch die denkbar traurigsten. Von der Errungenschaft des Achtstundentages haben die Hausangestellten durchgehend fast überhaupt nichts empfunden. Nach wie vor sind sie zum großen Teil die Parias ihrer sogenannten Herrschaften geblieben. Früh die Ersten, spät abends die Letzten im Hause, so geht es mitunter ohne die geringsten regelmäßigen Pausen Tag für Tag, ganz gleich ob Werk-, Sonn- oder Festtag. Eine tägliche Arbeitszeit von 12 bis 13 Stunden ist keine Seltenheit. Zu jeder Stunde muß die Hausangestellte auf dem Sprunge sein, um der sehr oft recht „ungnädigen Frau", dem „Hausherrn", den etwaigen Herrschaftskindern usw. dienstbar zu sein. In bezug auf Lohn stellen die Hausangestellten die wohl schlechtest bezahlten Arbeitnehmer dar. Irgendwelche tarifliche Abmachungen über Löhne, Arbeitszeit usw bestehen hier in Halle überhaupt nicht. Nur das städtische Arbeitsamt, bzw. der daselbst auch nur in der Luft hängende Fachausschuß für das Hausangestelltenpersonal, hat in den letzten Jahren Löhne formuliert, die aber von den „Dienstherrschaften" in den allerseltensten Fällen respektiert wurden, obwohl dieselben so niedrig waren, daß es einer Hausangestellten ein Ding der Unmöglichkeit blieb, damit existieren zu können. Die Beköstigung der Dienstboten wird seitens der Herrschaften im Preise recht hoch kalkuliert, ist aber in den meisten Fällen recht minderwertig. Auch die Behandlung läßt in recht vielen Fällen viel, sehr viel zu wünschen übrig.

Leider haben diese Gedrückten bisher mit wenigen Ausnahmen von ihrem Recht des Inverbindungtretens wenig Gebrauch gemacht; aber überall da, wo dies geschah, da ist es ihnen zum Teil gelungen, etwas bessere Lebensbedingungen zu erzielen.

Vor allem war es der seit mehr als zehn Jahren bestehende Zentralverband der Hausangestellten, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, das gesamte Hauspersonal zu organisieren. In einer Reihe von Großstädten ist ihm dieses auch gelungen. Hier in Halle wurde während und nach dem Kriege der Versuch ebenfalls unternommen, stieß aber immer auf Schwierigkeiten, die es auch heute noch zu überwinden gibt. In nächster Zeit soll deshalb auch hier in Halle wieder eine lebhafte Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder unter den Hausangestellten einsetzen.

Um besseren Erfolg in der Sache zu erzielen, erwartet die Ortsgruppe Halle, daß alle Arbeiterkreise, soweit sie mit Hausangestellten in engerer Beziehung stehen oder mit solchen Fühlung haben, auf dieselben einwirken, damit diese die Versammlungen besuchen, oder sich schon vorher ihrer wirtschaftlichen Organisation anschließen. Im Bureau des Deutschen Verkehrsbundes, Dryanderstraße 101, werden Aufnahmen in den Zentralverband der Hausangestellten täglich entgegengenommen und über alle inneren Interessenfragen Auskunft erteilt.

Den Hausangestellten aber sei zugerufen: Wacht auf und begreift, daß bei euch die Stärke nur in der Einigkeit und Geschlossenheit liegt! Laßt euch nicht einkapseln in sogenannte Dienstbotenvereine, die unter den Protektoraten von Pastoren und sogenannten Hausdamen stehen, sondern wählt euch eine freie gewerkschaftliche Organisation, wie es der Zentralverband der Hausangestellten im Deutschen Verkehrsbund ist, mit dessen Hilfe ihr euch ein menschenwürdiges Dasein verschaffen könnt!

Das Jahrbuch des Deutschen Verkehrsbundes ist erschienen. Dasselbe enthält reiches Material über folgende Abhandlungen: **Die Politik der Weltmächte. — Der Ruhrkrieg und die Stabilisierung der Mark. — Arbeitsmarkt und Wirtschaftskrise. — Sozialversicherung. — Der Kampf um den Achtstundentag und die werbeständigen Löhne. — Schlichtungswesen und Arbeitsrecht.** Das für die Kolleginnen und Kollegen so unentbehrliche Jahrbuch ist für Mitglieder zum Preise von 75 Pf. für das broschierte und 1 Mk. für das gebundene Exemplar durch ihre Ortsverwaltungen zu beziehen.

Verantwortlich für die Redaktion: August Werner, Berlin SO. 16, Michaelkirchplatz 1. Verlagsanstalt Courier G. m. b. H. Druck: Vorwärts Buchdruckerei, Berlin